

Bericht über die Entwicklung in POLEN

Oktober 1960

I.	<u>Politische Ereignisse</u>	Seite: 1
	1) GOMULKA in Manhattan und Warschau	1
	2) "Unbeteiligte Jugend"	6
II.	<u>Wirtschaft</u>	10
	1) Investitionseinsparungen	10
	2) Landwirtschaftliche Produktion 1960	11
	3) Technische Arbeitsnormen	12
III.	<u>Kulturelle und soziale Probleme</u>	14
	1) Schlechte Lernergebnisse	14
	2) Probleme des Schulbaus	14
	3) Buch und Brot	15
	4) Für und gegen Schuluniform	16
IV.	<u>Polen und das Ausland</u>	17
	1) "Friedensbastion"	17
	2) Ein polnisches Buch über die SPD	17

I. Politische Ereignisse

1) GOMULKA in Manhattan und Warschau

Während seines über zweiwöchigen Aufenthaltes in New York beschränkte sich GOMULKA nicht auf die Reden, die er vor der Vollversammlung der Vereinten Nationen hielt. Der polnische Parteichef führte auch eine Anzahl Gespräche mit westlichen und neutralen Politikern und hatte mehrere Treffen mit Vertretern der Presse und des Fernsehens.

Am 3. Oktober nahm er als Gast des Presseverbandes an einem Essen teil, zu dem 100 bei den UN akkreditierte Journalisten erschienen. Er hielt dort eine Ansprache, in der er u.a. sagte:

"Unsere Haltung gegenüber der Remilitarisierung Westdeutschlands ist nicht Ausdruck unserer anti-deutschen Gefühle oder unserer Emotionen, sondern wird durch den politischen Realismus und die geschichtlichen Erfahrungen des polnischen Volkes diktiert. Hier muß man sich zwei Tatsachen vergegenwärtigen: Erstens gibt es in Europa nur einen Staat, der territoriale Ansprüche an andere Länder stellt. Dieser Staat ist die Bundesrepublik Deutschland. Zweitens entsteht die größte militärische Macht der NATO in Europa gerade in der Bundesrepublik.

Wenn wir diese zwei Tatsachen auf einen Nenner bringen und die historischen Erfahrungen berücksichtigen, so wird jeder unvoreingenommene Beobachter selbst zu den Schlußfolgerungen kommen, daß die jetzige westdeutsche Politik gefährlich ist. Niemand ist naiv genug, um die Beteuerungen der Bundesrepublik Deutschland ernst zu nehmen, ihre Ansprüche sollen mit friedlichen Mitteln verwirklicht werden. Man kann eine Grenzrevision nicht mit friedlichen Mitteln durchführen. Ein Programm, daß einem anderen Staate ein Drittel seines Territoriums wegnehmen will, ist ein Kriegsprogramm. Ich würde sagen, daß unter allen Brennpunkten in der Welt die Bundesrepublik die größte Gefahr für Europa schafft.

Europa war und ist ein zentraler und neuralgischer Teil der Welt. Konflikte, die eine Gefahr der Verbreitung zum Weltbrand in sich bergen, sind in anderen Weltgegenden verhältnismässig leicht zu liquidieren. In Europa liegen die Dinge anders. Darum messen Polen und andere sozialistische Länder diesem Problem so große Bedeutung bei."

Die Ansprache GOMULKAS vor den UN-Journalisten war eigentlich eine Antwort auf die Vorwürfe des britischen Ministerpräsidenten Mac MILLAN, der GOMULKA nationale Ressentiments vorgeworfen hatte. Dieser Vorwurf soll nach Informationen aus der polnischen Delegation den polnischen Parteichef empfindlich getroffen haben. Er weist bei jeder Gelegenheit den Verdacht einer prinzipiellen Deutschfeindlichkeit weit von sich.

Zwei Tage später, am 5. Oktober, führte GOMULKA ein Privatgespräch mit dem koexistenz-freundlichen amerikanischen Millionär Cyrus EATON. Bei dieser Gelegenheit machte er interessante Bemerkungen zur Koexistenzfrage:

"Friedliche Koexistenz ist die Grundlage unserer Politik. Manche glauben, es wäre nur eine Taktik, und wir wünschten eine friedliche Koexistenz nur in der jetzigen Periode. Solche Ansichten sind grundfalsch. Die Idee der friedlichen Koexistenz ist eine generelle Richtlinie für heute und für morgen, unabhängig davon, wie sich die Verhältnisse in der Welt entwickeln werden. Wie soll man die friedliche Koexistenz verwirklichen? Je besser sich die Handelsbeziehungen zwischen Ost und West entwickeln, um so stärker werden die Fundamente der friedlichen Koexistenz sein.

Die globale Höhe der Handelsumsätze zwischen Ost und West ist jedoch sehr niedrig. Sollten diese Umsätze - sagen wir - 30 bis 40 % der gesamten Welthandelsumsätze erreichen, würden diese Fundamente der friedlichen Koexistenz so fest sein, daß man sie nicht mehr sprengen könnte."

Es ist bezeichnend, daß der an der Aufrechterhaltung der westlichen Kredit-hilfe interessierte GOMULKA so stark gerade diese Seite der Koexistenz zwischen den beiden Blöcken hervorgehoben hat. In diesem Zusammenhang verdient auch die Tatsache Erwähnung, daß man in polnischen Kreisen nicht damit rechnet, die Sowjets könnten jetzt Polen veranlassen, auf die amerikanische Wirtschaftshilfe zu verzichten.

In fast allen seinen Gesprächen und Reden vergaß GOMULKA nicht, zu betonen, die Aufnahme Volkschinas in die Vereinten Nationen als wichtigste Voraussetzung einer Normalisierung und Verbesserung der Weltlage zu bezeichnen. Am 6. Oktober hielt er eine Rede vor der Vollversammlung, die einzig und allein diesem Thema gewidmet war.

Bei jeder Gelegenheit betonte GOMULKA die freundschaftliche Haltung Polens gegenüber Volkschinas. Je mehr er sich genötigt sieht, in den prinzipiellen ideologischen und partei-taktischen Fragen mit CHRUSCHTSCHOW konform zu gehen, um so mehr sucht er einen Weg, die Beziehungen zu China nicht darunter leiden zu lassen. In Bukarest plädierte er für Mässigung und Stärkung der Einheit des sozialistischen Lagers. Die Chinesen machen es ihm jedoch nicht immer leicht, seine massvolle und vermittelnde Haltung beizubehalten. Noch vor wenigen Wochen kam es zu einem Zwischenfall mit der chinesischen Botschaft in Warschau, als in der polnischen Hauptstadt Flugblätter anti-Chruschtschow-schen Inhalts erschienen, die von Chinesen gedruckt und verbreitet wurden.

Am 12. Oktober verließ GOMULKA Amerika. Als er in Warschau eingetroffen war, verzichtete er auf jeden Aufwand. Erst am 21. Oktober, als eine neue Sitzungsperiode des polnischen Sejm eröffnet wurde, erschien GOMULKA vor den Abgeordneten, um Bericht über den Verlauf der XV. Sitzung der UN-Vollversammlung zu erstatten.

In einer längeren Rede sprach GOMULKA über die "tiefe Krise" der Politik der Westmächte, über den Mangel an ernstem Willen zur Annahme der sowjetischen Abrüstungsvorschläge, über die wachsende Rolle der neutralen und früher kolonialen Länder. Er bekräftigte noch einmal seine Überzeugung, daß ohne Beteiligung Volkschinas kein großes Weltproblem zu lösen ist und identifizierte sich mit der Behauptung CHRUSCHTSCHOWs, die Veränderungen in der internationalen Kräfteverteilung müßten auch eine Änderung der UN-Struktur nach sich ziehen.

Am SCHLUß seiner Sejmrede erläuterte GOMULKA die Haltung, die Polens Delegation eingenommen hat:

"Besondere Aufmerksamkeit verdienen zwei Probleme, die im Namen der polnischen Regierung und des polnischen Volkes vorgebracht wurden. Es handelt sich um die Abrüstungsfrage und um die Gefahr, die dem Frieden droht, weil der Militarismus wiederrichtet wurde und in der Bundesrepublik Deutschland eine revisionistisch-revanchistische Haltung einnimmt."

In U bereinstimmung mit den sowjetischen Abrüstungsvorschlägen machte die polnische Delegation auch eigene Vorschläge. Sie forderte die Berufung eines internationalen Spezialistenausschusses, der die möglichen Folgen eines Atomkrieges untersuchen und darlegen soll.

Ein anderer Vorschlag der Polen steht in Zusammenhang mit dem geplanten Abkommen über die Einstellung der Kernwaffenversuche. Die jetzigen Atom-
mächte sollen sich demnach verpflichten, auch keinem anderen Staate Kern-
waffen zu liefern oder bei ihrer Herstellung zu helfen. Auch sollten keine
neuen Militärbasen auf dem Gebiet anderer Staaten errichtet werden.
Schließlich schlägt Polen erneut die Verwirklichung des RAPACKI-Planes über
die atomfreie Zone in Mitteleuropa vor.

Dazu sagte GOMULKA vor dem polnischen Parlament:

"Diese Vorschläge berühren nicht direkt die Abrüstungsfrage. Sie tragen
aber zur Beendigung des Wettrüstens bei und sollen ein günstiges Klima
für Abrüstungsverhandlungen schaffen....

Der Kampf um den Frieden und eine breite Bewegung gegen die Massenver-
nichtungswaffen kann sich nur auf dem allgemeinen Wissen der Völker
um die Gefahren des heutigen Krieges entwickeln. Diesem Ziele dient
gerade unser Vorschlag über die Berufung der Expertenkommission.

Bei unseren Vorschlägen zur Überwindung des Wettrüstens handelt es sich
sozusagen um das 'Einfrieren' des jetzigen Rüstungsstandes...

Der wiederholt von Polen vorgebrachte Vorschlag der atomfreien Zone
in Mitteleuropa, in der Welt unter dem Namen Rapacki-Plan bekannt, ist
in der Vergangenheit von den Westmächten abgelehnt worden. Besonders
scharf wurde er von der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und
den westdeutschen Militaristen bekämpft. Wir sind jedoch der Ansicht,
daß man diesen Plan erneut vorbringen soll. Er ist leichter realisier-
bar als die allgemeine und totale Abrüstung, die vom Westen nur in
Worten nicht abgelehnt wird...

Die Hauptschwierigkeit bei der Bildung der atomfreien Zone liegt in
der Haltung der Regierung der Bundesrepublik Deutschland. Wir sind
davon überzeugt, daß in dieser für den Frieden in Europa so unendlich
wichtigen Frage die Regierung des Herrn Adenauers den entschiedenen
Willen der Mehrheit der westdeutschen Bevölkerung nicht repräsentiert...

Der US-Präsident sprach auf der Sitzung über die Volksabstimmung, durch
die sich die Völker über ihre Regierungen aussprechen sollten. Als Ant-
wort darauf schlug die polnische Delegation vor, in einer allgemeinen

Volksabstimmung die Meinung der Völker zur Abrüstungsfrage zu erforschen. Speziell schlagen wir Herrn Adenauer vor, er soll sein Einverständnis zur Durchführung einer Volksabstimmung geben, in der sich die westdeutsche Bevölkerung darüber aussprechen könnte, ob sie für oder gegen eine atomfreie Zone sei. Polen und gewiß auch die CSR und die DDR werden sofort die Durchführung einer solchen Volksabstimmung in ihren Staaten genehmigen. Wir zweifeln nicht daran, daß sich die westdeutsche Bevölkerung mit Ausnahme der kleinen Militaristenclique und ihrer Handlanger für die Errichtung einer atomfreien Zone auf dem Gebiete der vier mitteleuropäischen Länder aussprechen würde. Eben deshalb zweifeln wir sehr daran, daß die westdeutsche Regierung unseren Vorschlag annehmen wird.

Der Hinweis der polnischen Delegation und anderer sozialistischer Delegationen auf die Gefahren, die durch die Wiedergeburt des Militarismus und Revanchismus in der Bundesrepublik Deutschland dem Frieden drohen hat die deutschen Militaristen empfindlich getroffen. Es ist bezeichnend, daß sie außer dem britischen Premier Mac Millan keine andere Delegation in Schutz genommen hat.

Wir zweifeln nicht an der friedlichen Einstellung der Mehrheit des deutschen Volkes. Die westdeutsche Regierung hat jedoch weder uns noch ihrer eigenen Bevölkerung erklären können, mit welchen wundersamen Mitteln sie Polen auf friedlichem Wege ein Drittel seines Territoriums wegnehmen will. Solange die Bundesrepublik Deutschland nicht auf ihre territorialen Ansprüche gegenüber Polen und anderen Ländern verzichtet, solange in Westdeutschland die revisionistische Propaganda nicht aufhört, solange dort Friedenspolitik nicht zur offiziellen Politik der Regierung wird, solange werden wir berechtigte Gründe haben, der Bundesrepublik Deutschland revisionistische Tendenzen und Gefährdung des Friedens in Europa und in der Welt vorzuwerfen....

Wir führen, und führten auch in der Vergangenheit keine Kampagne gegen das deutsche Volk. Wir wollen in Eintracht und Freundschaft mit dem ganzen deutschen Volke leben, so wie wir schon jetzt mit dem Teil dieses Volkes, der in der DDR wohnt, in Freundschaft leben können. Wir haben lediglich die Kräfte innerhalb des deutschen Volkes entlarvt, die den aggressiven Militarismus wieder aufleben lassen. Es ist unsere

heilige Pflicht gegenüber dem polnischen Volke, diese Kräfte zu entlarven. Es liegt auch im Interesse des deutschen Volkes, aller Völker und des Friedens, wenn wir das tun...

Die Haltung, die wir vor der UNO eingenommen haben, deckt sich vollständig mit der Haltung aller Länder unseres sozialistischen Lagers. Wir führen eine gemeinsame, einheitliche Außenpolitik. Die Zusammenarbeit der polnischen Delegation mit den Delegationen anderer Länder unseres Lagers, insbesondere mit der Delegation der Sowjetunion und mit ihrem Vorsitzenden, dem Genossen Chruschtschow, war sehr eng."

In informierten Warschauer Kreisen vertritt man die Meinung, daß GOMULKA die Berichterstattung vor dem Parlament einer Rede auf einer Massenkundgebung aus dem Grunde vorgezogen hat, weil man nicht sicher war, wie die Warschauer Bevölkerung bei einer Erwähnung des Namen CHRUSCHTSCHOWs reagieren würde. Man fürchtete Mißfallensäußerungen, zu denen es schon während des GOMULKA-Aufenthaltes in Amerika unter der polnischen Arbeiterschaft in mehreren Teilen des Landes gekommen war.

Die Redner aller im Sejm vertretenen Parteien und parteilose Abgeordnete haben sich in der Diskussion mit den Thesen des GOMULKA-Berichtes solidarisiert. Die Parteileitung legte großen Wert auf diese Solidaritätskundgebung, die eine einheitliche Einstellung der ganzen polnischen Bevölkerung widerspiegeln sollte. In Wirklichkeit verfolgten die unter dem Druck der Alltagsorgen lebenden Massen den Verlauf der letzten UN-Vollsitzung ohne sonderliches Interesse. Das einzige, was allgemeines Interesse erwecken konnte, waren die Ausfälle CHRUSCHTSCHOWs, und eben hier war die Meinung der Bevölkerung einheitlich ablehnend.

2) Unbeteiligte Jugend

Die größte Sorge bereitet der Partei die Generation, die nach dem Kriege in "Volkspolen" geboren wurde. Diese jungen Menschen, die nach 1944 zur Welt kamen und unter dem Kommunismus aufwuchsen, benehmen sich laut offiziellen Verlautbarungen so, als ob sie die jetzige politische Wirklichkeit Polens nicht bemerken würden. Die parteiamtliche "Trybuna Ludu" schreibt am 1. Oktober 1960 darüber:

"Es ist Tatsache, daß ein beträchtlicher Teil der heutigen Schuljugend kein tieferes Interesse für die sozialen Probleme und für die Politik

im breiteren Sinne besitzt. Das ist ein ausreichender Grund zur Beunruhigung..."

Nach dem Kriege kämpfte ein Teil der zunächst idealistisch eingestellten Jugend für den "Sieg des Sozialismus" in Polen. Diese Generation wurde vom Stalinismus enttäuscht und ernüchtert. Die nachwachsende Generation, die heute 15-16 Jahre alt ist, kennt weder den Pathos des Kampfes, noch die Begeisterung der jungen Arbeitsbrigaden aus den früheren fünfziger Jahren. Sie kennt auch nicht den schmerzlichen Verlust des Glaubens der jungen Menschen, die merken mußten, daß ihr "Gott" keiner war. Die in Volkspolen erzogenen Jugendlichen sind - wie es das Parteiorgan bezeichnet - "erblich unbelastet".

"Erblich unbelastet" bedeutet aber auch, einfach uninteressiert zu sein an allem, was ihre älteren Kameraden bewegt. So läßt die "Trybuna Ludu" (vom 1. Oktober) einen Jugendinstrukteur folgendes sagen:

"Sie sind die Generation der Stabilisierungsperiode. Sie gehen ins Leben ohne große Passionen. Sie verstehen die 'Alten' nicht, aber auch nicht diejenigen, die kaum ein paar Jahre älter als sie selbst sind. Sie haben nicht einmal 'ihren' eigenen Dichter. Sie haben niemanden, und solche Rührungen empfinden sie als überflüssig..."

Das Parteiorgan bringt hier das offene Geständnis einer Niederlage. Nach 15 Jahren des kommunistischen Regimes in Polen müssen die Machthaber wieder einmal zugeben, daß sie es nicht verstanden haben, die Jugend für sich zu gewinnen.

Dabei können die Kommunisten in Polen nicht behaupten, daß es niemals eine Jugend gegeben hätte, die für ihre Sache zu kämpfen bereit gewesen war. Zweimal während der letzten 15 Jahre gab es eine begeisterte und von Idealismus erfüllte Jugend. Zuerst war es die Generation der "Kombattanten". So bezeichnet das Parteiblatt die jungen Menschen, die unmittelbar nach 1945 eine "neue, bessere Ordnung" in Polen einführen wollten. Nach dem Oktoberumschwung 1956 gab es wiederum zahlreiche junge Menschen, die in Polen einen neuen, von stalinistischer Schande gereinigten Sozialismus aufbauen wollten. Im ersten Falle wurde die Begeisterung der Jugend mißbraucht und verschwendet. 1956/57 hingegen stieß GOMULKA die jungen Idealisten ab, die glaubten, nun sei die Zeit gekommen, um den "wahren" Sozialismus aufzubauen.

Sie sind als Revisionisten und "Liquidatoren" bezeichnet worden, man attestierte ihnen, daß sie ahnungslose Werkzeuge des Feindes seien.

Die heutige unbeteiligte und uninteressierte Jugend ist das Produkt einer Politik, die kaum einen Fehler auf dem Gebiet der Jugenderziehung und -gewinnung ausgelassen hat. Man sucht natürlich die Schuldigen für den jetzigen jämmerlichen Zustand und glaubt, daß die Schule einen Teil dieser Schuld trägt, weil man in den letzten Jahren die sozial-politische Problematik in den Lehrplänen nicht ausreichend berücksichtigt habe. Auch den jetzigen Jugendorganisationen wird die Verantwortung für den Stand der Dinge aufgebürdet. Zwar gibt es unter den Mitgliedern des Sozialistischen Jugendverbandes 120.000 Schüler (ein Drittel des Gesamtbestandes der Organisationsmitglieder), sobald sie aber die Schulen verlassen und einen Beruf ergreifen oder ihr Studium auf einer Hochschule fortsetzen, lösen sie jede Bindung zu ihrer Organisation.

In der Hauptstadt Polens sieht es besonders schlimm aus. Das fängt schon damit an, daß nur 10 % der Schuljugend organisatorisch erfaßt sind. Die Aktivität dieser wenigen Mitglieder des Sozialistischen Jugendverbandes läßt auch viel zu wünschen übrig.

Eine statistische Erhebung hat erwiesen, daß beispielsweise in einem Viertel Warschaus die Stärke des Jugendverbandes nur 17 % der örtlichen Parteiorganisation beträgt.

Normalerweise rekrutieren sich die Parteikandidaten aus Mitgliedern der Jugendorganisationen. Bei solchen Proportionen ist der natürliche Zustrom neuer Parteikandidaten nicht mehr gewährleistet.

"Trybuna Ludu" vom 8. Oktober befaßt sich ebenfalls mit diesem Problem und kommt zu folgenden Schlußfolgerungen:

"Die Partei ist lebhaft interessiert an der zahlenmäßigen Entwicklung des Verbandes der Sozialistischen Jugend. Die Praxis der Arbeit eines großen Teiles der Parteiorganisationen bestätigt leider nicht, daß die Richtigkeit dieser These begriffen wurde."

Der Jugendverband solle eigene Initiative ergreifen, meint das Blatt, und ermahnt die Partei:

"Die Parteiorganisationen vergessen allzuoft, daß der Verband der Sozialistischen Jugend eine selbständige Organisation ist, die selbständig in Jugendfragen zu entscheiden hat und nicht Aschenbrödel der Partei ist."

Die Tendenzen einer Verselbständigung der Jugendorganisationen wurden nach dem Oktober 1956 als Ausdruck der "revisionistischen" Entstellung verurteilt. Die Feststellung, die das Parteiorgan im Jahre 1960 macht, bedeutet die Erkenntnis, daß man ohne der Jugend einen gewissen freien Spielraum zu lassen doch nicht weiterkommen kann.

II. WIRTSCHAFT

1) Investitionseinsparungen

Bekannterweise beschloß das ZK der PZPR vor ein paar Monaten eine Überprüfung aller in dem Zeitraum 1961-65 durchzuführenden Investitionen. Es soll festgestellt werden, ob die Verwirklichung jedes einzelnen Investvorhabens wirtschaftlich begründet ist und ob sich nicht bei der Realisierung der Investitionen ein Teil der Ausgaben einsparen läßt.

Diese Überprüfungsaktion ist jetzt in ganz Polen im Gange und wird sich noch auf das kommende Jahr erstrecken. Sie wird in manchem Falle eine unnötige Verschwendung verhüten können und eine bessere Verwendung der Mittel ermöglichen. Im großen und ganzen droht jedoch die Einsparungsaktion in der Strömung der unsinnigen, bürokratischen Maßnahmen zu versanden.

Kein verantwortlicher Wirtschaftsplaner will den Vorwurf auf sich sitzen lassen, auf seinem Gebiet keine Einsparung vorgenommen zu haben. Wie gespart wird, ist diesen Leuten meist gleichgültig, Hauptsache, sie können ihren Vorgesetzten berichten, daß die Kosten der Investition herabgesetzt worden sind.

Im Ostseehafen Gdynia hat man zum Beispiel die Entdeckung gemacht, daß bei der unglaublichen Wohnungsnot in Polen die Mieter beim Beziehen einer neuen Wohnung manches einzustecken bereit sein werden. Kurzerhand wurde beschlossen, die eben fertiggestellten Wohnungen werden kein Waschbecken bekommen. Die Abflußrohre wurden also provisorisch zugedeckt und wer sich nicht über der Badewanne waschen will, kann auf eigene Kosten ein Waschbecken installieren lassen.

Laut Informationen der Presse soll es kein einzelnes Beispiel sein. Vorherrschend ist die Tendenz, Einsparungen zu machen, die in Wirklichkeit keine sind, weil sie den Nutzwert der Investitionen mindern. Die Pessimisten befürchten schon heute, daß das Ergebnis der Überprüfungsaktion nur ein statistischer Erfolg sein könnte, der aber trübe.

2) Landwirtschaftliche Produktion 1960

Nach den Schätzungen von Mitte Oktober wird die diesjährige Gesamtproduktion der Landwirtschaft um etwa 4,5 % höher liegen als die vom letzten Jahre. An dieser Steigerung ist der Ackerbau stärker beteiligt als die Viehzucht. In den Nachkriegsjahren war es zuvor meist umgekehrt.

In den vier wichtigsten Getreidesorten erreichte man fast die Höhe der vorjährigen Hektarerträge (15,6 gegenüber 15,7 dz). Da die Witterung in diesem Jahre nicht günstig war und darüber hinaus noch eine Hochwasserkatstrophe eintrat, beurteilt man in Polen dieses Ergebnis als einen Erfolg. Für einzelne Getreidesorten sieht der Vergleich mit dem vergangenen Jahre folgendermassen aus:

	<u>1959</u>	<u>1960</u>	(pro Hektar in dz)
Weizen	17,3	16,2	
Boggen	15,6	14,9	
Gerste	16,2	17,4	
Hafer	14,7	16,6	

Fast vervierfacht wurde die Anbaufläche von Mais und betrug 130.000 ha. Die Kartoffelernte blieb ungefähr auf der Vorjahreshöhe, für die Zuckerrüben war es dagegen ein ausgesprochen günstiges Jahr:

Kartoffeln	128	125	(pro Hektar in dz)
Zuckerrüben	159	233	

Sehr stark erhöhte sich die Anbaufläche von sogen. industriellen Pflanzen. Die Gesamthöhe der Getreideernte (4 Hauptsorten) betrug fast 14,5 Mio tb.

Der Schweinebestand erhöhte sich im Laufe des Jahres um 12,6 %, der Rinderbestand um 4,1 %, allerdings vergrößerte sich dabei der Anteil von Jungtieren. Vermindert hat sich dagegen der Schafbestand (um 3,1 %). Auch der Pferdebestand sank (um 1,2%), was als positive Konsequenz einer fortschreitenden Mechanisierung der Landwirtschaft gewertet wird.

3) Technische Arbeitsnormen

Ein aufsehenerregender Artikel erschien im Novemberheft der in Paris erscheinenden Monatszeitschrift der Exilpolen "Kultura". Sein Autor (man vermutet, daß sich unter dem Tarnnamen ein in Polen lebender Wirtschaftsfachmann verbirgt) kommt zu der verblüffenden Schlußfolgerung, daß die Arbeitsproduktivität einer großen Anzahl der polnischen Industrie- und Bauarbeiter 20 % der entsprechenden Leistung der Arbeiter im Westen nicht übersteigt. Nach Ansicht des Verfassers haben die polnischen Arbeiter eine nahezu an Perfektion grenzende Übung darin, eine Arbeit zu markieren, ohne wirklich zu arbeiten.

Auch die als halboffizielles Sprachrohr GOMULKAs geltende Wochenzeitung "Polytika" veröffentlichte zu diesem Thema eine Reportageserie, die von einem Studenten geschrieben wurde. Er hatte sich während der Semesterferien als Bauarbeiter gemeldet und mehrere Monate an verschiedenen Warschauer Bauten gearbeitet. Seine Schlußfolgerungen ähneln denen der "Kultura".

Die angesagte Überprüfung der technischen Arbeitsnormen darf man tatsächlich nicht als bloßen Versuch der Antreiberei wie etwa in der "DDR" beurteilen. Bei der heutigen Arbeitsmoral und -produktivität kommt man in Polen nicht um diese Maßnahme herum, will man den Wirtschaftsablauf normalisieren.

Es gibt in Polen etwa 400 Betriebe der Maschinenindustrie. Um bei der Normenüberprüfung, die in der ersten Hälfte 1961 allgemein durchgeführt werden soll, eine notwendige Summe an Erfahrungen zu besitzen, hat man schon in diesem Jahre in 21 Betrieben die neuen technischen Normen eingeführt.

Die Analyse der bisherigen Erfahrungen dieser Umstellung wurde im Parteiorgan "Trybuna Ludu" am 25. Oktober 1960 durchgeführt. Als wichtigstes Ergebnis notierte man eine mögliche Erhöhung der Arbeitsproduktivität um 17 bis 24 %, wobei sogar die Zahl der Überstunden auf 50 % des vorjährigen Standes reduziert werden können. Bei den neuen Arbeitsnormen wird es den Arbeitern unmöglich gemacht, ihre Tätigkeit willkürlich zu unterbrechen, oder aber sie müssen eine radikale Kürzung ihrer Löhne in Kauf nehmen. Die Zahl der unentschuldigsten Fehlstunden verminderte sich um 75 %. Die Höhe der Löhne blieb bei den neuen Normen unverändert. Die Eingeweihten meinen, es gehört keine allzugroße Anstrengung dazu, die neuen Normen zu erfüllen.

Nur gesteigerte Arbeitsproduktivität ermöglicht eine laufende Verbesserung der

Arbeitslöhne wiederholt GOMULKA seit vier Jahren. Wenn man die in den 21 Versuchsbetrieben erzielten Ergebnisse von diesem Standpunkt betrachtet, so müssten die Aussichten auf eine langsame Verbesserung der Lebenslage der Arbeiterschaft nach der allgemeinen Einführung der neuen Normen reell sein. Indessen weisen die Pessimisten darauf hin, daß die Normenüberprüfung in den Versuchsbetrieben nur nach einer sorgfältigen Vorbereitung gelang, wobei erfahrene Fachleute eingesetzt wurden. Die generelle Normenüberprüfung in anderen Betrieben könnten indes nicht mit solcher Hilfe rechnen und würde entsprechend viel zu wünschen übrig lassen.

III. KULTURELLE UND SOZIALE PROBLEME

1) Schlechte Lernergebnisse

Nur 41 von 100 Schülern beenden in vorgeschriebener Zeit ihr Pensum. Zu diesem Ergebnis kam man am Ende des letzten Schuljahres in den polnischen Mittelschulen. Die restlichen 59 % bleiben entweder "unterwegs" einmal oder gar mehrere Male sitzen, oder sie verlassen die Schule ohne die Reifeprüfung.

Auf den Hochschulen sieht es in dieser Hinsicht nicht besser aus. Im Hochschuljahr 1958-59 kamen nur 56 % der Studenten des ersten Studienjahres erfolgreich durch die Prüfungen. 44 % der Immatrikulierten mußten also nach einem Jahr ihr Studium aufgeben.

Diese unerfreulichen Zustände waren das Thema einer Sondersitzung des Zentralkomitees des Sozialistischen Jugendverbandes, die Ende Oktober in Warschau stattfand. Man beschloß dem "unehrlichen und unanständigen Verhältnis zum Lernen einen entschlossenen Kampf anzusagen". Zunächst will man zum Grundsatz machen, daß ein Mitglied des Jugendverbandes ein Musterschüler (bzw. Musterstudent) sein muß, um damit ein leuchtendes Beispiel für seine unorganisierten Kollegen zu sein.

2) Problem des Schulbaus

Über 18 Milliarden Zloty sind für den Schulbau in den kommenden 5 Jahren bestimmt. Das ist fast doppelt so viel, wie in den Jahren 1956-60. 72,8 % dieser Summe sollen für den Ausbau der Grundschulen verwendet werden. Schon in den Jahren 1950-55 wurden 80 % der Gesamtmittel auf diese Weise investiert. Über 5.500 neue Schulgebäude mit fast 29.000 Unterrichtsräumen soll die Schuljugend in den nächsten 5 Jahren bekommen. 13.000 Klassenräume bekommt die Stadt, 15.000 das Land. Außerdem will man in den kommenden Jahren an die Lehrer denken. Für sie sollen Häuser mit 27.000 Wohnräumen errichtet werden.

Dieses Programm ist für polnische Verhältnisse sehr umfangreich. Die Zahl der Schüler pro Schulraum beträgt in den Grundschulen jetzt 40,6 und wird sich im Jahre 1965 auf 38,8 verkleinern. Ähnlich wird die Zahl der Schüler, die einem Lehrer zufallen, etwas kleiner werden (31,2 gegenüber 30,4). Die Indexzahl für Schichtunterricht wird pro Schulraum 1,46 (heute 1,56) betragen.

Die Verbesserungen, die man nach der Verwirklichung des jetzigen Programms zu erwarten hat, sind also nicht umstürzend. Auf dem Gebiet des Mittel- und Berufsschulwesens wird dagegen trotz aller Anstrengungen eine Verschlechterung eintreten.

Die Zahl der Schüler auf den Mittelschulen beträgt heute 240.000 und wird im Jahre 1965 460.000 erreichen. In den Berufsschulen wird die Schülerzahl von 896.000 auf 1,4 Millionen wachsen. Mit diesem Anwachsen der Schülerzahl kann auch das neue, erhöhte Programm des Schulbaus nicht Schritt halten.

3) Buch und Brot

Knapp eine Million betrug im Jahre 1959 die Gesamtauflage aller Bücher und Broschüren, die Probleme der Landwirtschaft behandelten. Im Jahre 1954 waren es hingegen 5 Millionen.

Mit Besorgnis stellt man in Polen fest, daß seit 5 Jahren die Auflagen der Fachbücher und Zeitschriften für die Landwirtschaft immer mehr fallen. In der stalinistischen Ära übte man auf die Bauern einen administrativen Druck aus, um sie zum Kauf der Bücher und Zeitungen zu zwingen. Als später dieser Druck nachließ, stellte sich bald heraus, daß die Bauern Bücherkauf für Geldverschwendung hielten.

Man rechnete neulich aus, daß während eines Jahres nur jeder vierte Hofbesitzer ein Fachbuch kauft und nur jeder sechzehnte eine Fachzeitschrift abonniert.

Auf der letzten Plenarsitzung des ZK der PZPR beschloß man deshalb, daß zur Gewährleistung der planmäßigen Saatgutwirtschaft und der Schädlingsbekämpfung administrative Mittel angewendet werden können, falls sich ein Bauer weigert, diese Aufgabe zu erfüllen. Man kann zwar einen Bauern zwingen, Fachbücher zu kaufen, fraglich bleibt, ob man ihn auch zum Studium dieser Druckerzeugnisse und entsprechendem Handeln zwingen kann. Die Rückständigkeit und der Konservatismus besonders der älteren Bauern ist in manchen Gegenden Polens einfach erschreckend. Diese Mauer des passiven Widerstandes war bisher ein Hindernis, an dem sich alle Versuche zerschlugen, das Niveau der Landwirtschaft zu heben und den Umfang ihrer Produktion zu erhöhen.

4) Für und gegen Schuluniformen

Vor dem Kriege galt für alle Schüler in Polen die Pflicht einer einheitlichen Kleidung, sowohl Mädchen wie Jungen trugen eine Art Uniform. Diese Pflicht gilt theoretisch auch heute. Aus praktischen Gründen verzichten aber die meisten Schulleitungen darauf, diese Vorschrift zu beachten. Viele Eltern können es sich nicht leisten, oder weigern sich aus anderen Gründen, eine spezielle Schulkleidung für ihre Kinder zu beschaffen.

Die Mädchen in Polen sind im Durchschnitt genau so eitel wie in der übrigen Welt. So kommt es oft vor, daß die Schulen in größeren Städten von älteren Schülerinnen als Gelegenheit zu einer Modeschau betrachtet werden. Diese Tatsache scheint die Partei zu erregen, denn das zentrale Parteiorgan beschäftigt sich damit in einem Artikel, der am 26. Oktober erschien:

" Wir sind nicht der Meinung" - heißt es in dem Artikel - "daß die Schulmädchen dicke Strümpfe und Zöpfchen tragen sollten. Aber das, was man in manchen Schulen, besonders der Oberstufe, zu sehen bekommt, geht entschieden zu weit. Diese Übertreibungen wirken sich auf die Ergebnisse der erzieherischen Arbeit aus. Es gibt Eltern, die nicht nur gleichgültig sind, sondern im Gegenteil den kosmetischen und modischen Neigungen ihrer Töchter entgegenkommen und sie stärken. Sie glauben wohl, daß man den Wünschen der Jugend nachsichtig entgegenkommen muß? Merken sie denn nicht dabei, daß sie in ihren Kindern vorzeitig ein übermäßiges Interesse für ihr Aussehen erwecken, daß sie aus einer Schülerin vorzeitig eine junge, fast heiratsfähige 'Dame' machen? Nicht selten kommt es vor, daß eine solche Nachsicht den Charakter der Kinder verdirbt, Differenzen zwischen den gleichaltrigen weckt und Eitelkeit sowie ein unbekümmertes Verhältnis zum Golde erzeugt, das die Eltern oft schwer erarbeiten müssen."

Die Lehrer und Erzieher sollen dort eingreifen, - meint das Blatt - wo die Eltern nicht genug Verstand und Einsicht aufbringen. "Die Schule ist nun mal kein Tanz- oder Vergnügungsort, man kommt nicht zur Unterhaltung sondern zur Arbeit". Manche Probleme der Eltern und der Schulbehörden in Polen ähneln verblüffend denjenigen, die man auch im Westen gut kennt.

IV. Polen und das Ausland

1) "Friedensbastion"

Unter diesem Titel bringt die parteiamtliche "Trybuna Ludu" eine Grußadresse zum Jahrestag der "DDR"-Gründung. Der am 7. Oktober erschienene Artikel ist in einem sehr warmen und herzlichen Ton gehalten, wie seit einiger Zeit alle offiziellen Äußerungen Polens gegenüber seinem westlichen Nachbarn.

"Nachdem die DDR unter den meistindustrialisierten Staaten Europas den fünften Platz eingenommen hat, obwohl sie nicht so günstige Startvoraussetzungen wie die BRD hatte, kommt jetzt unser Nachbarstaat in eine Periode, in der er von den Anstrengungen der vergangenen Jahre profitieren kann. Die DDR ist auf dem Wege, die Bundesrepublik Deutschland in der Pro-Kopf-Produktion und im Verbrauch einzuholen und zu überholen. Alle die verstehen, welche Bedeutung ein praktischer Beweis der Überlegenheit der friedlichen Wirtschaft der DDR für die künftige Entwicklung in Deutschland haben wird, wünschen unseren Genossen jenseits der Oder Erfolge bei der Erfüllung des jetzigen 7-Jahrplanes und beim Aufbau des Sozialismus.

Die DDR hat in Volkspolen einen ergebenen Verbündeten. Wir nahmen die uns über die Oder und Neiße gebotene Hand als Beweis der historischen Veränderungen, die bei unserem westlichen Nachbarn eingetreten ist. Die Hindernisse, die der deutsche Imperialismus auf dem Weg der gegenseitigen Verständigung und guter Nachbarschaft gelegt hatte, wurden ein für alle Male beseitigt. Durch ihre Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze als Friedensgrenze zwischen unseren beiden Völkern leistete die DDR ihren großen Beitrag zur Festigung des Friedens in Europa."

2) Ein polnisches Buch über die SPD

Der Chefredakteur der halbamtlichen "Polityka", Mieczyslaw RAKOWSKI, ist Verfasser eines vor wenigen Monaten veröffentlichten Buches: "Die SPD in den Nachkriegsjahren". Der junge polnische Journalist und Publizist, der nach Meinung seiner Freunde sehr an eine politische Karriere denkt, verbrachte vor ein paar Jahren einige Wochen in der Bundesrepublik. Später veröffentlichte er in der "Polityka" eine Artikelserie, die zum Teil in sein Buch eingebaut wurde.

Am 18. Oktober 1960 brachte die parteiamtliche "Trybuna Ludu" eine längere Besprechung dieses Buches unter dem Titel: "SPD - der Weg zur Kapitulation." Darin heißt es:

"Rakowski konzentrierte sich auf die Aktivität der SPD seit der Gründung der Bundesrepublik Deutschland. Seine Betrachtungen enden mit dem SPD-Parteitag in Stuttgart, (Mai 1958) wo sich die Umrísse einer vollständigen Kapitulation dieser Partei gegenüber der Großmacht- und Militärpolitik der Regierung Adenauer deutlich abzeichnen. Der Schlußakt dieser Kapitulation war - wie wir wissen - der Parteitag in Bad Godesberg, wo man (wie die Adenauer-Presse es bildhaft beschrieb) Marx aus dem Saal hinauskomplimentierte...

In seinem Buch versucht Rakowski auf eine überzeugende und dokumentarische Weise, eine generelle Frage zu beantworten: Was taten die Sozialdemokraten nach dem Kriege? Was taten die Sozialdemokraten, die nach 1945 auf eine Unterstützung der demokratischen Strömungen im deutschen Volke rechnen konnten? Dieses Volk war damals noch von den Ausmassen seiner eigenen Niederlage und Tragödie betäubt und fragte: Wohin?

Im Westen gingen die Wege der Arbeiterklasse infolge der Arbeit der Schumacher-Gruppe auseinander. Schumacher kehrte auf den alten Weg des Opportunismus, der Anbiederung an die Bourgeoisie mit starken nationalistischen und antikommunistischen Akzenten zurück. In Ernst Reuter und seiner proamerikanischen Gruppe fand er einen würdigen Fürsprecher der zerstörerischen Arbeit an der SPD.

Schon im Jahre 1950 auf dem Hamburger Parteitag, als noch in Frankfurt am Main und in München eine kraftvolle Linie existierte, hielt das ideologische Referat ein durch und durch Liberaler, Prof. Carlo Schmid. Schon damals warnte Schmid den Hamburger Parteitag 'Marx und sein Werk als Fahne zu hissen'.

Rakowski zeigt deutlich den Weg des Klassenverrates. Auf diesem Wege gab es Hindernisse und Widerstände, und doch führte er zur Verleugnung sogar bescheidener Spuren des Sozialismus, die man im früheren Parteiprogramm noch verkündete, wie z. B. die Sozialisierung der kapitalistischen Produktionsmittel. Mit ihrem Programm aus Bad Godesberg ging die SPD mit wehenden Fahnen in das bürgerliche Lager über und wünschte seitdem nur, als eine 'Volkspartei' zu gelten."

Die Kapitulation der SPD ging übrigens noch weiter als der Verfasser selbst ahnen konnte. Als er sein Buch schrieb, entfaltete die SPD eine ansehnliche Aktivität auf dem Gebiete des Kampfes gegen die Remilitarisierung und besonders gegen die Atomrüstung der Bundeswehr...

Heute, aus der Perspektive des Parteitages in Bad Godesberg und der letzten Debatten im Bundestag, sowie aufgrund der zahlreichen anti-polnischen und antisowjetischen Auftritte, können wir feststellen, daß die SPD eine würdige Nachfolgerin der Traditionen Scheidemanns und Noskes wurde. Sie enttäuschte die Bourgeoisie der Ära Adenauer nicht, so wie Noske die Erwartungen Hindenburgs nicht enttäuscht hat."